



Die nationale Streitbeilegungsstelle informiert:

Streitbeilegung nach § 149, § 128 Abs. 4 i. V. m. § 125 TKG, § 134 Abs. 5 Telekommunikationsgesetz (TKG)

In der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich der digitale Wandel. Dieser soll eine bessere Zusammenarbeit und damit wirtschaftliche Erfolge bewirken, aber z.B. auch zu mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beitragen. Grundlage hierfür sind leistungsfähige Breitbandnetze, welche allen Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen müssen. Der Ausbau der Netze obliegt den Infrastrukturinhabern und Nutzungsnachfragern.

Um den Ausbau von Netzen zu beschleunigen und die mit dem Ausbau von Netzen verbundenen Kosten zu senken, wurden seitens der Europäischen Union Richtlinien¹ verabschiedet, welche auf deutscher Ebene in das „Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze“² mündeten.

Allein die Tiefbaukosten machen mit ca. 80 Prozent den Großteil der notwendigen Investitionen für eine Erschließung der Bundesrepublik Deutschland mit Glasfasernetzen aus. Möglichkeiten, die mit den Investitionen verbundenen (Bau-)Kosten zu reduzieren, bieten daher beispielsweise die Mitnutzung bereits vorhandener Netzinfrastrukturen, die Mitverlegung neuer Infrastrukturen bei ohnehin anstehenden Baumaßnahmen, eine Mitnutzung von in Gebäuden vorhandener Infrastruktur sowie die Mitnutzung sonstiger physischer Infrastruktur (z.B. Bus- und Straßenbahnhaltstellen oder Verkehrsschilder) für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite (sog. Small Cells). Die hierdurch genutzten Synergien führen zu erheblichen Kosteneinsparungen beim Netzausbau und auch zu dessen Beschleunigung. Diese Ziele sollen auch durch einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang (Open Access) zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder –netzen zu fairen und angemessenen Bedingungen erreicht werden, zu dem Subventionsempfänger beihilferechtlich verpflichtet sind.

Ergänzt werden diese gesetzlichen Regelungen durch Informationspflichten der Versorgungsbetreiber zu passiven Netzinfrastrukturen (z.B. Leerrohre oder Masten), Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen und über sonstige physische Infrastrukturen für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite. Des Weiteren können Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze bei Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze eine Vor-Ort-Untersuchung der passiven Netzinfrastrukturen beantragen.

Die Verhandlungen über Informationsansprüche, Mitnutzungen, Mitverlegungen sowie deren Bedingungen sind zunächst Sache der Nutzungsnachfrager und Infrastrukturinhaber.

Sofern sich diese jedoch nicht über das Ob oder die konkreten Bedingungen einigen können, kann jede der beteiligten Parteien ein Streitbeilegungsverfahren bei der nationalen Streitbeilegungsstelle, der Beschlusskammer 11, beantragen. Diese prüft den Sachverhalt, vermittelt zwischen

¹ Kostensenkungsrichtlinie 2014/61/EU der Europäischen Union; Richtlinie 2018/1972/EU über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)

² DigiNetzG, zuletzt modernisiert durch das am 1. 12. 2021 in Kraft getretene Telekommunikationsgesetz

den Parteien und ordnet unter Umständen einen Vertrag mit fairen und angemessenen Bedingungen (einschließlich Entgelten) für die Mitnutzung beziehungsweise Mitverlegung an.

Unter welchen Voraussetzungen kann man eine Streitbeilegung durch die Bundesnetzagentur beantragen?

Eine Streitbeilegung bei der Bundesnetzagentur können Sie beantragen, falls Sie als Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes bei den Eigentümern oder Betreibern von Versorgungsnetzen einen Antrag zu den im folgenden aufgelisteten Arten von Streitigkeiten gestellt haben und innerhalb der entsprechend gesetzlich vorgesehenen Frist entweder eine Ablehnung oder gar keine Rückmeldung erhalten. Spätestens nach Ablauf der für die Prüfung Ihres entsprechenden Antrages durch den Eigentümer oder Betreiber des Versorgungsnetzes vorgesehenen Frist kann die nationale Streitbeilegungsstelle ein Verfahren aufnehmen. Die gesetzlichen Voraussetzungen zur Eröffnung eines Streitbeilegungsverfahrens sowie die jeweiligen Fristen der unterschiedlichen Tatbestände ergeben sich aus § 149 TKG. Grundlage eines jeden Verfahrens ist die schriftliche Übermittlung (alternativ per E-Mail) eines vollständigen Antrages. Die Voraussetzungen unterscheiden sich im Einzelnen je nach Art der Streitigkeit.

Folgende Verfahren können beantragt werden:

- Verfahren über die **Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze** einschließlich der Mitnutzungsentgelte

Wenn Sie als Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes bei einem Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Versorgungsnetzes eine Mitnutzung gemäß § 138 TKG beantragt haben und dieser Ihr Mitnutzungsgesuch ablehnt oder sich innerhalb von zwei Monaten nicht meldet oder es kommt keine Mitnutzungsvereinbarung zustande, weil keine Einigung über die Bedingungen erzielt werden kann, dann können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei uns beantragen (§ 149 Abs. 1 Nr. 1 TKG).

Die Voraussetzungen für den Mitnutzungsantrag bei dem Versorgungsnetzbetreiber sind (§ 138 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 – 3 TKG):

- eine detaillierte Beschreibung des Projekts und der Komponenten des öffentlichen Versorgungsnetzes, für die die Mitnutzung beantragt wird,
- ein genauer Zeitplan für die Umsetzung der beantragten Mitnutzung,
- die Angabe des Gebiets, das mit Netzen mit sehr hoher Kapazität erschlossen werden soll.

Die Frist für die Entscheidung über Ihren Mitnutzungsantrag durch den Eigentümer oder Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes beträgt zwei Monate nach Antragstellung (§ 138 Abs. 2 S. 1 TKG).

- Verfahren zur **Mitnutzung gebäudeinterner Netzinfrastruktur** einschließlich der Mitnutzungsentgelte

Möchten Sie als Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze die Netzinfrastruktur eines Gebäudes nutzen, um ihr öffentliches Telekommunikationsnetz in den Räumen des Endnutzers abschließen zu können, und beantragen daher beim Eigentümer

oder Betreiber gebäudeinterner Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder dem Eigentümer von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden am Standort des Endnutzers die Mitnutzung nach § 145 Abs. 2 und 3 TKG, und können mit diesem innerhalb von zwei Monaten keine diesbezügliche Vereinbarung erreichen, können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei uns beantragen (§ 149 Abs. 1 Nr. 4 TKG).

Die Voraussetzungen für Ihren Antrag sind in § 145 Abs. 2 und 3 TKG geregelt.

Die Frist für die Entscheidung über Ihren Mitnutzungsantrag durch den Eigentümer oder Betreiber gebäudeinterner Komponenten öffentlicher Telekommunikationsnetze oder den Eigentümer von Verkabelungen und zugehörigen Einrichtungen in Gebäuden am Standort des Endnutzers beträgt zwei Monate nach Antragstellung (§ 149 Abs. 1 Nr. 4 TKG).

- *Verfahren zur **Mitnutzung sonstiger physischer Infrastrukturen** einschließlich der Mitnutzungsentgelte*

Beantragen Sie als Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes bei Eigentümern oder Betreibern sonstiger physischer Infrastrukturen eine Mitnutzung für die Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite gemäß § 154 TKG und erhalten innerhalb von zwei Monaten kein Angebot, können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei uns beantragen (§ 149 Abs. 1 Nr. 1 TKG).

Die Voraussetzungen für Ihren Mitnutzungsantrag sind (§ 154 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 – 3 TKG):

- eine detaillierte Beschreibung des Projekts und der Komponenten der sonstigen physischen Infrastruktur, für die die Mitnutzung beantragt wird,
- ein genauer Zeitplan für die Umsetzung der beantragten Mitnutzung,
- die Angabe des Gebiets, das mit drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite erschlossen werden soll.

- *Verfahren zum **offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und –linien** einschließlich der entsprechenden Entgelte*

Beantragen Sie gemäß § 155 TKG als Betreiber oder Eigentümer eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes bei Betreibern eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen, ist Ihnen dieser Zugang zu fairen und angemessenen Bedingungen zu gewähren. Sollte es innerhalb von zwei Monaten zu keiner Einigung kommen, können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei uns beantragen (§ 149 Abs. 1 Nr. 5 TKG).

Die Voraussetzungen für Ihren Antrag sind in § 155 Abs. 1 TKG geregelt.

- *Verfahren zur **Koordinierung von Bauarbeiten** im Hinblick auf den Ausbau der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität*

Wenn Sie als Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes bei Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze rechtzeitig eine Koordinierung

von Bauarbeiten gemäß § 143 Abs. 2 und 3 TKG beantragt haben und keine Einigung hierüber erzielt werden kann, können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei uns beantragen (§ 149 Abs. 1 Nr. 3 TKG).

Die Voraussetzungen für Ihre Antrag auf Koordinierung von Bauarbeiten sind:

- In dem Antrag sind Art und Umfang der zu koordinierenden Bauarbeiten und die zu errichtenden Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität zu benennen.
- Der Antrag muss so früh wie möglich, spätestens einen Monat vor Einreichung des endgültigen Projektantrags, gestellt werden.
- Der Antrag muss Bauarbeiten betreffen, deren anfängliche Dauer acht Wochen überschreitet.

Die Frist für die Entscheidung über Ihren Antrag auf Koordinierung von Bauarbeiten beträgt einen Monat nach Antragstellung (§ 149 Abs. 1 Nr. 3 TKG).

- **Verfahren zur *Erteilung von Informationen***

Haben Sie als Eigentümer oder Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes bei Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Versorgungsnetze bzw. Eigentümern oder Betreibern sonstiger physischer Infrastrukturen einen Antrag auf Informationen über passive Netzinfrastrukturen (§ 136 TKG), Vor-Ort-Untersuchung passiver Netzinfrastrukturen (§ 137 TKG), Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen (§ 142 TKG) oder sonstige physische Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite (§ 153 TKG) gestellt und erhalten innerhalb der entsprechenden nachfolgend genannten Frist keine oder nur unzureichende Informationen bzw. innerhalb der entsprechenden Frist nicht die Möglichkeit einer Vor-Ort-Untersuchung, können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei uns beantragen.

Die Frist für die Entscheidung über Ihren Antrag durch den Versorgungsnetzbetreiber beträgt

- zwei Monate bei Informationen über passive Netzinfrastrukturen (§ 136 Abs. 2 S. 1 TKG),
- einen Monat bei Vor-Ort-Untersuchungen passiver Netzinfrastrukturen (§ 137 Abs. 2 S. 1 TKG),
- zwei Wochen bei Informationen über laufende oder geplante Bauarbeiten an passiven Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze (§ 142 Abs. 2 S. 1 TKG),
- zwei Monate bei Informationen über sonstige physische Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite (§ 153 Abs. 2 S. 1 TKG).

nach Antragstellung.

Die Voraussetzungen für Ihre Informationsanträge sind im Einzelnen in §§ 136, 137, 142 und 153 TKG geregelt.

- **Vereinbarung über Glasfaserbereitstellungsentgelt**

Kommt innerhalb eines Monats ab Eingang des Antrags beim Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes keine Vereinbarung über den Netzzugang nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 und 2 TKG (Glasfaserbereitstellungsentgelt) zustande, können Sie bei uns ein Streitbeilegungsverfahren beantragen (§ 149 Abs. 1 Nr. 6 TKG).

Die Voraussetzungen für Ihren Antrag sind in § 72 Abs. 6 TKG geregelt.

Die nationale Streitbeilegungsstelle kann folgende Anordnungen treffen:

- **Anordnungen bzgl. der Mitnutzung und zur Berechtigung zur Nutzung öffentlicher Wege**

Sofern die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 125 TKG für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien Belange des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung beeinträchtigt, kann die Bundesnetzagentur nach Anhörung der beteiligten Kreise insoweit die Mitnutzung und gemeinsame Unterbringung (Kollokation) der zugehörigen Einrichtungen und der Telekommunikationslinien anordnen, als dies für die berührten Belange für notwendig erachtet wird. Darüber hinaus kann die Bundesnetzagentur Regeln für die Umlegung der Kosten bei gemeinsamer Nutzung von Telekommunikationslinien und zugehörigen Einrichtungen festlegen (§ 128 Abs. 4 TKG).

- **Anordnung bei Beeinträchtigung von Grundstücken**

Sofern die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach § 125 TKG für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien Belange des Umweltschutzes, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit oder der Städteplanung und Raumordnung beeinträchtigt, kann die Bundesnetzagentur nach Anhörung der beteiligten Kreise insoweit die Mitnutzung von Grundstücken anordnen, als dies für die berührten Belange für notwendig erachtet wird. § 128 Abs. 4 S. 2 und 3 gilt entsprechend (§ 134 Abs. 5 TKG).

Welche Verträge sind der Beschlusskammer 11 vorzulegen?

Folgende Verträge sind **innerhalb von zwei Monaten** nach deren Abschluss der Beschlusskammer 11 zur Kenntnis zu geben:

- Verträge über Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze (§ 138 Abs. 4 TKG),
- Vereinbarungen über die Koordinierung von Bauarbeiten (§ 143 Abs. 5 TKG),
- Verträge über Mitnutzung sonstiger physischer Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite (§ 154 Abs. 5 TKG),
- Verträge über einen offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und -linien (§ 155 Abs. 3 TKG).

Wie kann ein Antrag auf Streitbeilegung gestellt werden?

Ein Antrag kann schriftlich, formlos per Post oder per E-Mail an die Beschlusskammer 11 gestellt werden. Das Verfahren wird durch die Beschlusskammer aufgenommen, sobald die erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.

Zur Verkürzung von Laufzeiten richten Sie Ihren Antrag bitte direkt an:

Bundesnetzagentur
für Elektrizität, Gas, Telekommunikation Post und Eisenbahnen
Beschlusskammer 11
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

Fax: 0228/14-6119

E-Mail: BK11.Postfach@BNetzA.de (max. Dateigröße für Anhänge: 8 MB)

Sollten Sie vorab noch Fragen haben, können Sie auch gerne telefonisch Kontakt zur Beschlusskammer 11 unter der Rufnummer 0228/14-4685 aufnehmen.

Wie läuft ein Streitbeilegungsverfahren ab?

Das Streitbeilegungsverfahren wird als Beschlusskammerverfahren geführt. Dabei handelt es sich um ein gerichtsähnliches Verfahren, das seitens der Beschlusskammer durch eine/n Vorsitzende/n sowie zwei beisitzende Mitglieder entschieden wird. Nach vollständiger Einreichung des Antrags wird das Verfahren eröffnet und der Sachverhalt mit Hilfe von Stellungnahmen der Streitparteien ermittelt. Entscheidungsgrundlage ist neben den einzureichenden Unterlagen eine öffentliche mündliche Verhandlung. Unter Umständen kann die Beschlusskammer auch einen Vor-Ort-Termin zur Klärung des Sachverhalts durchführen. Neben dem Antragsteller und dem Antragsgegner können auch Beigeladene (z.B. Verbände, weitere Versorgungsnetz- oder Telekommunikationsbetreiber) an dem Verfahren beteiligt werden. Beigeladene haben die Möglichkeit zur Stellungnahme und können ebenfalls an der öffentlichen mündlichen Verhandlung teilnehmen. Spätestens nach Ablauf der vorgegebenen Fristen (siehe unten) erfolgt eine Entscheidung der Beschlusskammer. Dieser Beschluss ist ein Verwaltungsakt. Die Entscheidung ist verbindlich, kann aber gerichtlich vor dem Verwaltungsgericht Köln angefochten werden.

Wie lange dauert ein Streitbeilegungsverfahren?

Die Verfahrensdauer bei der nationalen Streitbeilegungsstelle unterscheidet sich je nach Art der Streitigkeit. Generell beginnt die Verfahrensfrist immer ab dem Tag des **vollständigen** Eingangs eines Antrages.

Bei Verfahren über

- die Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur öffentlicher Versorgungsnetze oder sonstiger physischer Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite einschließlich der Mitnutzungsentgelte sowie

- Verfahren zum offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und -linien

sieht das Gesetz eine Verfahrensdauer von vier Monaten (§ 149 Abs. 7 Nr. 1 TKG) und bei Verfahren

- zu o.g. Informationsansprüchen,
- zur Koordinierung von Bauarbeiten im Hinblick auf den Ausbau der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität und
- zur Mitnutzung gebäudeinterner Netzinfrastruktur einschließlich der Mitnutzungsentgelte,
- nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 und 2 TKG (Glasfaserbereitstellungsentgelt)

eine Verfahrensdauer von zwei Monaten (§ 149 Abs. 7 Nr. 2 TKG³) vor.

Die jeweiligen Fristen können bei außergewöhnlichen Umständen und unter besonderer und hinreichender Begründung in jedem Fall um noch einmal höchstens **zwei Monate verlängert** werden (§ 149 Abs. 8 TKG).

Besteht auch nach Antragsstellung weiterhin die Möglichkeit sich in Verhandlungen zu einigen?

Grundsätzlich gilt das **Verhandlungsprimat mit Einigungsmöglichkeit** auch während des Verfahrens. Die nationale Streitbeilegungsstelle unterstützt den Austausch zwischen den Streitparteien und wird Verfahren, bei denen es zu einer Einigung zwischen den Parteien kommt, einstellen.

Bleibt der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährleistet?

Die **Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ist gesichert**. Im Verfahren werden die Stellungnahmen den anderen Verfahrensbeteiligten nur insoweit zugänglich gemacht, als von dem Stellungnehmenden keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse kenntlich gemacht worden sind. Auch die Entscheidungen werden nur unter Herausnahme von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen (also in einer entsprechend geschwärzten Version) veröffentlicht.

Wichtig ist, dass Sie beim Einreichen von Unterlagen, auch schon bei den Antragsunterlagen, direkt eine um die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschwärzte Version vorlegen. Die Beschlusskammer selbst nimmt keine Schwärzungen vor, wenn diese nicht von den Streitparteien beigebracht werden.

Welche Kosten kommen durch ein Streitbeilegungsverfahren auf die Parteien zu?

Bislang sehen die gebührenrechtlichen Regelungen der Bundesnetzagentur für Entscheidungen der Streitbeilegung keine Gebühren und Auslagen vor, d.h. das Verfahren bei der nationalen Streitbeilegungsstelle ist **derzeit gebührenfrei**.

³ zuletzt bzgl. des Glasfaserbereitstellungsentgelts erweitert durch Artikel 13 Nr. 6 TTDSG (Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien)

Ist für ein Streitbeilegungsverfahren eine anwaltliche Vertretung notwendig?

Eine anwaltliche Vertretung ist in Verfahren vor der nationalen Streitbeilegungsstelle **nicht erforderlich**. Bei einer etwaigen Entscheidung über die Hinzuziehung rechtlichen Beistandes sollte die Komplexität der rechtlichen Vorgaben und die Form- und Fristgebundenheit der Verfahren bedacht werden.